

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung (20. TA)

der Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk I

am Montag, 02.02.2026,
Rathaus, Friedrich-Ebert-Platz 1,
51373 Leverkusen,
5. OG, Sitzungsraum Rhein (5.06)
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Michaela Di Padova

Bezirksbürgermeisterin

Charalambos Georgiou

Frank Melzer

SPD

Silvia Dick

stv. Bezirksbürgermeisterin

Stefan Krampf

Fraktionsvorsitzender

Helga Vogt

AfD

Patrick Ricardo Liese

Fraktionsvorsitzender

Marcus Michels

Christos Papakostas

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dirk Udo Trapphagen

Die Linke

Gregor Nick

Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN

Günter Schmitz

Es fehlt:

CDU

Liam Bunk

Fraktionsvorsitzender

mit beratender Stimme nehmen teil:

Joshua Kraski-Pauls (CDU)

Rüdiger Scholz (CDU)

Verwaltung:

Daniel Greger

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Marcel Petermann

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Michael Schmidt

Ordnung und Straßenverkehr (36)

Erika Herter

Ordnung und Straßenverkehr (36)

Conchita Laurenz

Mobilität und Klimaschutz (31)

Andrea Werner

Schulen (40)

Dr. Mirja Stevens

Medizinischer Dienst Leverkusen (53)

Dirk Baumeister

Bauaufsicht (63)

Gregor Steiniger

Gebäudewirtschaft (65)

Reinhard Schmitz

Tiefbau (66)

Jan Schmandt

Stadtgrün (67)

Thomas Eberhard

Technische Betriebe der Stadt Leverkusen (TBL)

Britta Masurtschak

Technische Betriebe der Stadt Leverkusen (TBL)

Schriftführung:

Yvonne Ritter

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

T a g e s o r d n u n g

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....	5
2	Niederschriften	5
3	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW.....	5
3.1	Desolater Fahrbahnzustand der Hans-Gerhard-Straße in Höhe Hausnummer 11 - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 25.12.2025 (eingegangen am 05.01.2026) - m. Stn. v. 30.01.2026 - Nr.: 2026/0156.....	5
4	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2025).....	5
	Dezernat I.....	8
5	Nachtragsanträge/-vorlagen	8
	Dezernat II.....	8
6	Nachtragsanträge/-vorlagen	8
6.1	Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsbezirk X (Hitdorf, Rheindorf) - Nr.: 2026/0164.....	8
6.2	Sperrung des Bereichs Manforter Straße, Willy-Brandt-Ring und Heymannstraße bei Heimspielen von Bayer 04 - Antrag der Fraktion Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN vom 21.01.2026 - Nr.: 2026/0176.....	8
	Dezernat III.....	9
7	Hitzeaktionsplan - Nr.: 2025/3540	9
8	Nachtragsanträge/-vorlagen	9
	Dezernat IV.....	9
9	Schulentwicklungsplanung und Bestandserhaltung.....	9
9.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.01.2026 zur Vorlage Nr. 2025/0080 - Nr.: 2026/0179.....	9
9.2	Verwaltungsvorlage - 5. Sachstandsbericht/Fortschreibung - Maßnahmenübersicht - m. Stn. v. 16.01.2026 - Nr.: 2025/0080	9
10	Nachtragsanträge/-vorlagen	13
	Dezernat V.....	13

11	Instandsetzung Rad- und Fußwegbrücken Rathenaustraße und Stadtpark - Nr.: 2025/0124	13
12	Instandsetzung Tiefgaragenzufahrt Wöhlerstraße - Nr.: 2025/0120	13
13	Kita Dhünnstraße.....	14
13.1	Kita Dhünnstraße Brandschutz- und Sevesoertüchtigung, Dhünnstraße 12 a/c in Leverkusen - Planungs- und Baubeschluss - m. Anf. v. Ratsmitglied Hansen (FDP) v. 14.11.2025 m. Stn. v. 03.12.2025 - m. erg. Stn. v. 04.12.2025 zur Anfr. v. 14.11.2025 - m. akt. Anlagen v. 06.01.2026 - m. Anfr. CDU-Fraktion v. 27.11.2025 m. Stn. v. 21.01.2026 - Nr.: 2025/3514.....	14
13.2	Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertageseinrichtungen Dhünnstraße 12a und 12c - m. Anfr. CDU-Fraktion v. 27.11.2025 m. Stn. v. 21.01.2026 - Nr.: 2025/3509	15
14	Notwendige Baumfällung an der Dönhoffstraße	15
14.1	Ergänzungsantrag von Die Linke vom 22.01.2026 zur Vorlage Nr. 2025/0127 - Nr.: 2026/0180.....	15
14.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2025/0127	15
15	Nachtragsanträge/-vorlagen	16
15.1	Erinnerungsort für Sternenkinder - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.01.2026 - Nr.: 2026/0165	16
15.2	Mülleimer City Wiesdorf - Nr.: 2026/0166.....	17
15.3	Schottergärten - Bauordnung NRW § 8 konsequent umsetzen - Antrag der Fraktion Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN vom 21.01.2026 - Nr.: 2026/0175	18
	Mündlich gestellter Antrag in der Sitzung	18
15.4	Start der Frist zur Offenlage zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan 281/I - Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 29.01.2026 - Nr.: 2026/0190	18

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der mündliche Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Start der Frist zur Offenlage zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan 281/II“ wird einstimmig durch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I mit auf die Tagesordnung aufgenommen und nach dem bisher letzten Tagesordnungspunkt 15.3 der öffentlichen Sitzung abschließend beraten.

Die vorliegende Tagesordnung wird sodann einstimmig beschlossen.

2 Niederschriften

Die Niederschrift über die 2. Sitzung (20. TA) der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 01.12.2025 wird zur Kenntnis genommen.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

3.1 Desolater Fahrbahnzustand der Hans-Gerhard-Straße in Höhe Hausnummer 11 - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 25.12.2025 (eingegangen am 05.01.2026) - m. Stn. v. 30.01.2026 - Nr.: 2026/0156

Bezirksmitglied Frank Melzer (CDU) beantragt die Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2026/0156 aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt zu erklären.

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt dem Erledigungsantrag einstimmig zu.

4 Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2025)

Ratsmitglied Joshua Kraski-Pauls (CDU) erkundigt sich nach dem Sachstand des Beschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 01.12.2025 zum Antrag Nr. 2025/0068 der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 20.11.2025 „Hafenareal Hitdorf – Interessen verbinden, Entwicklungen ermöglichen: Nachbesserung in Bezug auf den Bau der Service Box“. Er möchte wissen, ob der neue Bauantrag zwischenzeitlich gestellt wurde und ob der verhängte Baustopp weiterhin besteht oder aufgehoben wurde. Dirk Bau-

meister (63) erklärt, dass weder ein neuer Antrag vorliegt noch der Baustopp aufgehoben wurde.

Daniel Greger (01) kündigt an, dass der vorgenannte Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I nicht umsetzbar ist und aufgehoben werden muss. Eine Gestaltungssatzung wurde für den betroffenen Bereich bisher nicht beschlossen und ein solcher Zweck wird auch nicht mit dem Bebauungsplanverfahren Nr. 288/I „Hitdorf – zwischen Hitdorfer Straße und Rheinstraße, westlich Werftstraße“ verfolgt. Entscheidend zuständig für eine Änderung des Bebauungsplanverfahrens wäre zum einen der Bauausschuss, zum anderen würde diese Initiative dem Geltungsbereich des Planverfahrens widersprechen. Die Verwaltung wird in den kommenden Turnus eine entsprechende Beanstandungsvorlage einbringen.

Ratsmitglied Joshua Kraski-Pauls (CDU) möchte im Anschluss noch wissen, ob es vergleichbare Fälle gibt, in denen abweichend von den Vorgaben eines genehmigten Bauantrags gebaut und dies im Nachhinein durch einen weiteren Bauantrag geheilt wird. Dirk Baumeister (63) erklärt, dass dies meist die Regel ist und kaum ein Bauantrag ohne Nachtrag oder neuen Bauantrag auskommt. Die weitere Frage von Ratsmitglied Joshua Kraski-Pauls (CDU), ob der Fachbereich Bauaufsicht (63) den Bürgerinnen und Bürgern die Thematik im Rahmen eines Ortstermins nachvollziehbar erläutern würde, wird von Dirk Baumeister (63) verneint.

Bezirksmitglied Gregor Nick (Die Linke) erkundigt sich, ob für Session/ das Ratsinformationssystem eine bessere Suchfunktion oder eine Suchmaschine angedacht ist. Daniel Greger (01) teilt mit, dass die Verwaltung hier neben der Kostenfrage auf die Infrastruktur angewiesen ist, die der Softwareanbieter zur Verfügung stellt. Die vorhandene Recherchefunktion wirft nach Eingabe eines prägnanten Suchwortes meist schon brauchbare Ergebnisse aus, wengleich hier Verbesserungsmöglichkeiten bestehen.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand der kleinen Investitionsmaßnahme „Aufstellung eines Bücherschranks am Konrad-Adenauer-Platz“, die von der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I am 17.06.2024 im Rahmen der Vorlage Nr. 2024/2831 „Kleine Investitionsmaßnahmen im Stadtbezirk I im Jahr 2024“ beschlossen wurde. Nach bisheriger Auskunft der Verwaltung konnten die beschlossenen Mittel nicht in das Jahr 2025 übertragen und die Maßnahme nicht umgesetzt werden. Außerdem möchte Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) in diesem Zusammenhang den Umsetzungsstand der kleinen Investitionsmaßnahmen wissen, die im Jahr 2025 am 22.09.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3401 „Kleine Investitionsmaßnahmen im Stadtbezirk I im Jahr 2025“ beschlossen wurden.

Daniel Greger (01) erklärt, dass die zuständigen Bereiche die Beauftragung der investiven Maßnahmen aus 2025 nicht mehr rechtzeitig in die Wege leiten konnten und nach Rückmeldung der Fachbereiche unter Einbeziehung und/oder Entscheidung des Fachbereichs Rechnungsprüfung und Beratung, des Fachbereichs Finanzen sowie Herrn Stadtdirektor Adomat in Vertretung

des Stadtkämmerers und Herrn Oberbürgermeister Hebbel die entsprechenden investiven Budgets für das Jahr 2025 nicht freigegeben werden konnten. Dies resultiert daher, dass es zu diesem Zeitpunkt zwar einen aufgestellten aber nicht durch die Politik beschlossenen und durch die Bezirksregierung genehmigten Gesamthaushalt bzw. Haushaltssicherungskonzept gab, so dass in der besonderen Situation weiterhin der § 82 GO NRW eng zu beachten war, nachdem die Gemeinde ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Ermächtigungsübertragungen der Budgets von 2025 nach 2026 waren nicht möglich. Eine Neuveranschlagung der Mittel im Haushaltsbudget 2026 wurde ebenfalls abgelehnt. Sofern die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I die Weiterverfolgung der betroffenen Maßnahmen wünscht, müssten diese über das Budget für die kleinen Investitionsmaßnahmen 2026 neu beschlossen werden. Auch hierzu ist vorab darauf hinzuweisen, dass keinerlei Auszahlungen nach der etwaigen Beschlussfassung der noch zu erstellenden Vorlage „Kleine Investitionsmaßnahmen im Stadtbezirk I im Jahr 2026“ erfolgen können, bevor nicht ein genehmigter Haushalt und ein genehmigtes HSK für das Jahr 2026 vorliegt. Die in 2025 im Rahmen der vorgenannten Vorlage konsumtiven Mittel konnten hingegen an die Vereine und Einrichtungen ausgezahlt werden.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova bittet die Verwaltung, eine Gesamtübersicht der betroffenen Maßnahmen im Stadtbezirk I nachzureichen. Daniel Greger (01) sagt dies zu.

Daniel Greger (01) bestätigt die Aussage von Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD), dass der Fachbereich Stadtgrün ebenfalls keine Freigabe der Mittel für die Aufstellung eines Bücherschranks am Konrad-Adenauer-Platz in 2024 erhalten hat und die Maßnahme bisher nicht umgesetzt wurde. Ein näherer Bericht durch den Fachbereich im Nachgang wird zugesagt.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) möchte zudem Wissen, ob es schon einen neuen Sachstand zur historischen Überdachung am Bahnhof Manfort gibt. Daniel Greger (01) sagt eine Beschlusskontrolle zum zugrundeliegenden Antrag Nr. 2025/3486 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.08.2025, Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 22.09.2025, zu. Außerdem teilt er mit, dass sich hierbei um eine freiwillige Maßnahme handelt und eine Sicherung des Daches vor der derzeitigen Haushaltsituation sehr fraglich ist.

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) merkt an, dass er sich in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 01.12.2025 unter dem Tagesordnungspunkt 4 „Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat“ bei der Verwaltung nach dem Beschlusskontrollbericht Nr. 2020/0069 aus Januar 2025 erkundigt hat, bei dem darauf hingewiesen wird, dass mit der Vorlage des Baubeschlusses zur KGS Burgweg im Sommer 2025 zu rechnen sei. Er hatte moniert, dass der Planungsbeschluss bisher nicht in die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I eingebracht wurde und bittet die Verwaltung um

Auskunft, wann mit der Vorlage zu rechnen ist und warum diese verzögert eingebracht wird. Die Verwaltung hat eine Beantwortung der Fragestellung im Nachgang zur Sitzung zugesagt, die bis heute nicht erfolgt ist. Gregor Steinger (65) teilt mit, dass eine entsprechende Vorlage in den kommenden Beratungsturnus eingebracht wird.

Dezernat I

5 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats I zur Beratung vor.

Dezernat II

6 Nachtragsanträge/-vorlagen

6.1 Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsbezirk X (Hitdorf, Rheindorf)
- Nr.: 2026/0164

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova erläutert kurz die Hintergründe des Bewerbungsverfahrens und schlägt für die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vor, Herrn Klaus Walter als Schiedsperson zu wählen. Gegen-vorschläge werden nicht gemacht.

Beschluss:

Als Schiedsperson für den Schiedsbezirk X (Hitdorf, Rheindorf) der Stadt Leverkusen wird nach Mehrheitsentscheidung folgende Bewerberin bzw. folgender Bewerber aus der Vorschlagsliste gewählt:

Herr Klaus Walter.

- einstimmig -

6.2 Sperrung des Bereichs Manforter Straße, Willy-Brandt-Ring und Heymannstraße bei Heimspielen von Bayer 04
- Antrag der Fraktion Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN vom 21.01.2026
- Nr.: 2026/0176

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 Die Linke, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
dagegen: 9 (3 CDU, 2 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) war während der Abstimmung nicht anwesend.

Dezernat III

- 7 Hitzeaktionsplan
- Nr.: 2025/3540

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

- 8 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats III zur Beratung vor.

Dezernat IV

- 9 Schulentwicklungsplanung und Bestandserhaltung

- 9.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.01.2026 zur Vorlage Nr. 2025/0080
- Nr.: 2026/0179

- 9.2 Verwaltungsvorlage
- 5. Sachstandsbericht/Fortschreibung
- Maßnahmenübersicht
- m. Stn. v. 16.01.2026
- Nr.: 2025/0080

Die Tagesordnungspunkte zum Thema Schulentwicklungsplanung und Bestandserhaltung 9.1 der Änderungsantrag der SPD-Fraktion (vom 22.01.2026 zur Vorlage Nr. 2025/0080) Nr. 2026/0179 und 9.2 die Verwaltungsvorlage Nr. 2025/0080 werden gemeinsam beraten und abgestimmt.

Bezirksmitglied Dirk Trapphagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass er der Rechtsauffassung der Verwaltung folgen wird und er gem. § 50 Absatz 6 i. V. m. § 31 GO NRW für den gesamten Tagesordnungspunkt 9 befangen ist. Er teilt zudem mit, dass er sich dennoch als gewähltes Bezirksmitglied in der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I weiterhin grundsätzlich für die Belange der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule einsetzen möchte und wird, sofern dies zu keinen rechtlichen Überschneidungen führt.

Bezirksmitglied Helga Vogt (SPD) erläutert zunächst den Änderungsantrag ihrer Fraktion, in dem im ersten Teil gefordert wird, dass die Vorlage Nr. 2025/0080 zum Thema Schulentwicklungsplanung dahingehend ergänzt wird, dass die Wiedereinrichtung einer Grundschule im Stadtteil Rheindorf

Nord mit in die Schulentwicklungsplanung aufgenommen und geprüft wird. Sie erklärt im Anschluss daran, den zweiten Abschnitt zur Reaktivierung des ehemaligen Grundschulstandortes Sternschule, Masurenstraße 5–7, nach Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung des Bildungsausschusses vom 26.01.2026 für erledigt, worin Andrea Werner (40) erläuterte, dass das Gebäude nicht reaktiviert werden kann, der Ausbau der KGS Burgweg Vorrang hat und aufgrund der aktuellen und zukünftigen Anzahl von Schülerinnen und Schülern in Leverkusen-Rheindorf der Bau eines weiteren Grundschulstandortes nicht notwendig sei. Zum ersten Teil des Antrags möge die Verwaltung unter Beachtung der baulichen Tätigkeiten und Schülerzahlentwicklung prüfen, inwiefern ein Bedarf für einen Grundschulstandort in Rheindorf-Nord besteht.

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) weist auf den Fragenkatalog der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin und kritisiert, dass dieser bis zur heutigen Sitzung der Bezirksvertretung für Stadtbezirk I noch nicht durch die Verwaltung beantwortet wurde.

Gregor Steiniger (65) nimmt mündlich für die Verwaltung Stellung und sagt zu, dass der von Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) genannte Fragenkatalog der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis zur Sitzung des Rates am 23.02.2026 schriftlich beantwortet sein wird. Zu den einzusetzenden Containern teilt er vorab mit, dass diese einen zeitgemäßen guten Standard haben werden.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) erkundigt sich bei der Verwaltung, wann mit der Planung für den Umzug der Dependence der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule in der Elbestraße in die Deichtorstraße begonnen wurde. Er fragt an, von wem der Anstoß für die Zusammenlegung kam und wer am Anfang mit einbezogen wurde. Waren daran auch Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern beteiligt? Er führt weiter aus, dass er als Mandatsträger nach Aktenlage abstimmen soll, für ihn jedoch die Frage bleibt, ob man nicht vorher Pläne und Aufstellungen bezüglich der Raumbelagung aller Fachräume und der Sporthalle erhalten könnte oder alternativ ein Ortstermin vereinbaren könnte. Eine Unterbringung der Schülerinnen und Schüler für die lange Zeit des ergänzenden Neubaus hält er für nicht optimal.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) fragt nach, ob bei der Planung der Bildungsbericht 2025 berücksichtigt wurde. In den letzten Jahren wurden grundsätzlich steigende Schülerzahlen in Leverkusen verzeichnet, insbesondere im Stadtteil Rheindorf. Die späte Bekanntgabe der Planungen zeige den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, dass ein engerer Kontakt in die Verwaltung unabdingbar ist. Ein tieferer Einblick in Projekte und Ablaufpläne könnte helfen, dass die Politik wichtige Beschlüsse früher fassen kann, die zu einer schnelleren Umsetzung führen. Eine regelmäßige und kontinuierliche Akteneinsichtnahme ist hier unerlässlich. Er verweist außerdem auf die Wichtigkeit einer guten interfraktionellen Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) führt aus, dass es bei einer Schulver-

dichtung, die hier durch die Zusammenlegung der beiden Schulstandorte Elbestraße und Deichtorstraße erreicht wird, vermehrt zu Konflikten unter den Schülerinnen und Schülern kommen könnte. Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) bittet die Verwaltung um eine engere Zusammenarbeit bei diesem Projekt und eine frühzeitige Mitnahme der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I bei wichtigen Entscheidungen.

Bezirksmitglied Helga Vogt (SPD) bittet um detaillierte Erläuterung ihrer Fragestellungen zum Thema KGS Burgweg, insbesondere hinsichtlich der Sportangebote. Sie gibt zu Protokoll, dass die Schule an der Elbestraße im Rahmen des Projekts Soziale Stadt Rheindorf saniert wurde. Zu den Förderbedingungen gehörte die Eröffnung der Schule in dem Stadtteil Rheindorf-Nord. Es besteht ein Stadtteilbüro, welches von der JSL betrieben wird. Außerdem ist die Nachbarschaftshilfe dort untergebracht. Was ist hier unter Beachtung der Förderbedingungen geplant? Was geschieht mit dem Standort der Volkshochschule (vhs)? Hier findet Weiterbildung vor Ort statt; die vhs ist daher ein wichtiges Standbein für den Stadtteil. Welche Auswirkungen hat eine Verlagerung für die Schülerinnen und Schüler der KGS Burgweg? Von welchem Zeitraum geht die Verwaltung aus, bis ein Erweiterungsbau an der Deichtorstraße erstellt ist? Und besteht Priorität hierfür, auch wenn eine Containeranlage für den Übergang geplant ist?

Bezirksmitglied Gregor Nick (Die Linke) verweist auf die Anfrage seiner Fraktion und erkundigt sich bei der Verwaltung, wie der zusätzliche Raumbedarf der Schule gedeckt werden soll bezogen auf Kleingruppenförderung, schulpsychologische Unterstützung oder auch Elternarbeit.

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) ergänzt, dass ca. 16 Schulklassen und sonstiger Raumbedarf ausgelagert werden müssen und ein Ersatzbau seit vielen Jahren thematisiert wurde und mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf und geringstem Aufwand für alle Beteiligten hätte geplant werden können. Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) weist die Verwaltung außerdem auf den Verbleib der Nachbarschaftshilfe hin, da es im Stadtteil Rheindorf keinen Alternativstandort gibt. Weiterhin kritisiert er, die in der Stellungnahme der Verwaltung aufgezeigte Zentralisierung der vhs. Auch hier ist der dezentrale Verbleib in Rheindorf-Nord essentiell, um die Angebote stadtteilnah zur Verfügung zu stellen. Er moniert außerdem die fehlende Transparenz und Kommunikation der Verwaltung beim Thema Schulentwicklungsplanung gegenüber der Politik und der Bürgerschaft und die fehlende rechtzeitige Einbindung der Politik in den Prozess.

Gregor Steiniger (65) führt für die Verwaltung aus, dass die Planung der Zusammenlegung der Schulteile der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule an der Elbestraße und an der Deichtorstraße auf Initiative und in Abstimmung mit der Bezirksregierung erfolgt, damit es wieder eine zentralisierte Gesamtschule an einem Standort geben wird. Er erläutert, dass die vorübergehende Installation von Schulräumlichkeiten in Containern aufgrund der Zeitschiene unumgänglich ist und diese große Containeranlage einen anderen und zeitgemäßen qualitativeren Standard erhält, als die bisherigen Container. Somit ist eine

schnellere Verlagerung des Schulbetriebs für die Schülerinnen und Schüler und ein Ausweichstandort für die Schule an der Wupper möglich. Retardierendes Moment ist die finanzielle Situation der Stadt Leverkusen. Durch die Zusammenlegung der beiden Schulen ist zumindest mit einer schnellen Umsetzung des Umbaus zu rechnen, was bei der gegenwärtigen Haushaltslage sonst nicht möglich gewesen wäre.

Andrea Werner (40) ergänzt, dass der Anstoß der Bezirksregierung zur Zusammenlegung der beiden Schulstandorte erst im September 2025 erfolgte. Ein weiterer Standort für eine weitere Schule in Rheindorf-Nord ist bei der derzeitigen Haushaltslage nicht darstellbar. Der Ausbau der KGS Burgweg wird forciert und schafft Unterbringungsmöglichkeiten in Rheindorf, während an der GGS Am Friedenspark auch noch Kapazitäten vorhanden sind. Sie wirbt dafür, der Vorlage zuzustimmen, da dies eine zeitlich absehbare Lösung der Schulproblematik in Rheindorf bedeuten würde.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova gibt zu bedenken, dass die Zuwegung beider Schulen fast ausschließlich über die Elbestraße und die Solinger Straße erfolgt und auf diesen beiden Straßen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen wird.

Gregor Steiniger (65) führt aus, dass ein höheres Verkehrsaufkommen in der Planung mitberücksichtigt wird.

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) erkundigt sich bei der Verwaltung, ob im Rahmen des Neubaus auch die Räumlichkeiten für den Fachunterricht an der Gesamtschule mitberücksichtigt werden. Er bittet die Verwaltung darzustellen, wann mit dem Auszug und dem Wiedereinzug der Gesamtschule zu rechnen ist.

Gregor Steiniger (65) sagt auf Nachfrage von Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) zu, dass auch die Unterbringung der naturwissenschaftlichen Bereiche bei dem Neubau berücksichtigt und ertüchtigt werden. Er ergänzt zudem, dass 2026 der Auszug der Dependance aus der Elbestraße in die Deichtorstraße erfolgen soll und im Folgejahr 2027 die Schule an der Wupper in die Elbestraße einziehen kann. Dies ist aber nur eine bisherige grobe Aussage und kann erst nach Vorlage von belastbaren Zahlen und Planungen konkretisiert werden.

Andrea Werner (40) führt aus, dass die Gestaltung und Modernisierung des naturwissenschaftlichen Bereichs und der Lehrküchen derzeit ausgeschrieben werden, da hier externe Expertise gefragt ist.

Gregor Nick (Die Linke) fragt nach, ob die Lehrerschaft, die Schülerinnen und Schüler oder ehrenamtliche Helferinnen und Helfer an der Erstellung solcher Konzepte mitwirken.

Andrea Werner (40) erläutert, dass die Lehrerschaft sowie die Schülerinnen und Schüler zwar frühzeitig über ein solches Projekt informiert werden, aber

nicht an der Planung beteiligt sind, da üblicherweise die Einbeziehung und Kommunikation über die Schulleitung erfolgt.

Bezirksmitglied Helga Vogt (SPD) beantragt die Vertagung der Vorlage Nr. 2025/0080 in Verbindung mit dem Auftrag der schriftlichen Beantwortung aller offenen Anfragen/Fragen bis in den Rat. Sie erklärt den Änderungsantrag Nr. 2026/0179 ihrer Fraktion auf Nachfrage von Daniel Greger (01) unter der Voraussetzung für erledigt, dass der Bezug zum Bildungsbericht, die Schülerzahlentwicklungen und der Schulbedarf für Rheindorf-Nord zeitnah in einer Mitteilung in z.d.A.: Rat durch die Verwaltung dargestellt werden. Die Verwaltung sagt dies zu.

Bezirksmitglied Frank Melzer (CDU) spricht sich formell gegen den Vertagungsantrag aus.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt sodann über den Vertagungsantrag der Vorlage Nr. 2025/0080 abstimmen, welchen die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I sodann einstimmig beschließt.

10 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats IV zur Beratung vor.

Dezernat V

11 Instandsetzung Rad- und Fußwegbrücken Rathenaustraße und Stadtpark
- Nr.: 2025/0124

Beschluss:

Der Planung und der Ausführung der Instandsetzungsarbeiten für die Rad- und Fußwegbrücken Rathenaustraße und Stadtpark werden vorbehaltlich der Bereitstellung der Finanzmittel zugestimmt.

- einstimmig -

12 Instandsetzung Tiefgaragenzufahrt Wöhlerstraße
- Nr.: 2025/0120

Beschluss:

Der Planung und der Ausführung der Instandsetzungsarbeiten an der Tiefgaragenzufahrt Wöhlerstraße wird vorbehaltlich der Bereitstellung der finanziellen Mittel zugestimmt.

- einstimmig -

13 Kita Dhünnstraße

13.1 Kita Dhünnstraße Brandschutz- und Sevesoertüchtigung, Dhünnstraße 12 a/c in Leverkusen

- Planungs- und Baubeschluss

- m. Anf. v. Ratsmitglied Hansen (FDP) v. 14.11.2025 m. Stn. v. 03.12.2025

- m. erg. Stn. v. 04.12.2025 zur Anfr. v. 14.11.2025

- m. akt. Anlagen v. 06.01.2026

- m. Anfr. CDU-Fraktion v. 27.11.2025 m. Stn. v. 21.01.2026

- Nr.: 2025/3514

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) bittet um die Ertüchtigung der Kita Dhünnstraße und regt an, einen Ortstermin zu veranlassen, der das gesamte Gelände umschließt.

Bezirksbürgermeisterin Di Padova lässt sodann über die Vorlage mit der zuvor genannten Änderung abstimmen.

Beschluss zu Punkt 1:

Den geplanten Maßnahmen an den Bestandsgebäuden und der Neuerrichtung des Technikgebäudes Dhünnstr. 12a +12c, Leverkusen Wiesdorf, wird zugestimmt. Die Verwaltung stimmt zeitnah einen Termin zur Besichtigung des gesamten Geländes mit den zuständigen politischen Vertreterinnen und Vertretern ab.

- einstimmig -

Beschluss zu Punkt 2:

Die prognostizierten Gesamtbaukosten für die Baumaßnahmen betragen gemäß Kostenberechnung nach heutigem Stand 14.000.000,00 €, einschließlich Mehrwertsteuer. Hierin enthalten ist ein Risikozuschlag von 20 % und eine Preissteigerung bis zum Beginn der Bauausführung von 3 %.

- einstimmig -

Beschlussempfehlung an den Rat zu Punkt 3:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Beschluss zu Punkt 4:

Die Maßnahme ist nach der Beschlussfassung gemäß der vorgegebenen

Zeitplanung, vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksregierung, durchzuführen.

- einstimmig -

- 13.2 Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertageseinrichtungen Dhünnstraße 12a und 12c
- m. Anfr. CDU-Fraktion v. 27.11.2025 m. Stn. v. 21.01.2026
- Nr.: 2025/3509

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt der vorgelegten Planung der Verwaltung zur Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertageseinrichtungen Dhünnstraße 12a und 12c mit voraussichtlichen Kosten i. H. v. 977.000 € zu.

- einstimmig -

- 14 Notwendige Baumfällung an der Dönhoffstraße
- 14.1 Ergänzungsantrag von Die Linke vom 22.01.2026 zur Vorlage Nr. 2025/0127
- Nr.: 2026/0180
- 14.2 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2025/0127

Die Tagesordnungspunkte zum Thema Notwendige Baumfällung an der Dönhoffstraße 14.1 Ergänzungsantrag von Die Linke (vom 22.01.2026 zur Vorlage Nr. 2025/0127) Nr. 2026/0180 und 14.2 Verwaltungsvorlage Nr. 2025/0127 werden gemeinsam beraten.

Bezirksmitglied Gregor Nick (Die Linke) erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet die Verwaltung zu erläutern, warum dieser Baum gefällt werden muss sowie ob und wo eine entsprechende Ersatzbepflanzung vorgesehen ist.

Jan Schmandt (67) nimmt für die Verwaltung Stellung und führt aus, dass, wie in der Vorlage beschrieben, die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben ist und es sich in dem Bereich um eine Feuerwehrezufahrt handelt. Der Fachbereich Stadtgrün setzt sich grundsätzlich für den Erhalt von Bäumen ein, daher war dieser Baum in der bisherigen Fällmaßnahme nicht enthalten. Jan Schmandt (67) ergänzt, dass drei zusätzliche Bäume als Ersatz auf dem Schulhof gepflanzt werden sollen.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt im Anschluss daran zunächst über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig notwendige Baumfällungen nachvollziehbar und mit tatsächlich notwendiger Ursache zu begründen.

2. Die Stadtverwaltung schafft für die infragestehende Rotbuche (Baum Nr. 138) eine adäquate Ersatzpflanzung und dokumentiert diese gegenüber der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

dafür: 9 (3 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke,
1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

dagegen: 3 (AfD)

Danach leitet Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage Nr. 2025/0127 ein.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt der Fällung einer Rotbuche an der Katholischen Grundschule Dönhoffstraße in Leverkusen-Wiesdorf zu.

dafür: 11 (3 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

Enth.: 1 (Die Linke)

15 Nachtragsanträge/-vorlagen

15.1 Erinnerungsort für Sternenkinder

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.01.2026
- Nr.: 2026/0165

Bezirksmitglied Dirk Trapphagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet wie in der Sitzung des Bauausschusses vom 26.01.2026 zu verfahren und ergänzend mitaufzunehmen, dass dieser Erinnerungsort im Park am Klinikum Leverkusen eingerichtet wird.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt über den Antrag gemeinsam mit der zuvor genannten Ergänzung abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit der zuvor genannten Ergänzung

- einstimmig -

15.2 Mülleimer City Wiesdorf
- Nr.: 2026/0166

Bezirksmitglied Frank Melzer (CDU) bittet die Verwaltung, die Vorlage insofern abzuändern, dass drei mögliche Modelle für die Mülleimer angeboten werden und die Kosten für die Fundamente der Abfallbehälter darzustellen, so dass die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I selbst bestimmen kann, welches angeschafft werden soll. Sollte die Verwaltung dem nicht nachkommen, schlägt er vor, die Vorlage in den nächsten Turnus zu vertagen.

Thomas Eberhard (TBL) erläutert, dass es nur unter erhöhtem Aufwand möglich ist, drei vergleichbare Modelle aufzulisten, da die Vergleichskriterien dann von der Verwaltung selbst entworfen werden müssten. Er hält das nicht für praktikabel.

Thomas Eberhard (TBL) führt aus, dass die Vorlage in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Stadtplanung (61) entwickelt wurde. Er ergänzt, dass das vormals verbaute Modell Toluca sich aus mehreren Gründen (Volumen der Tonne, Materialbeschaffenheit und Haltbarkeit) nicht bewährt hat. Verbaut werden soll das Modell Winsen der Firma WETZ, welches sich als langlebiger, kostengünstiger und weniger reparaturanfälliger erwiesen hat. Dieses Modell wurde bereits vor einigen Jahren in den Fußgängerzonen in Opladen und Schlebusch verbaut und hat sich entsprechend bewährt. Die neuen Mülleimer haben mit 90 Litern das gleiche Volumen wie die bisherigen Toluca-Modelle. Thomas Eberhard (TBL) hält dieses Volumen bei Fortführung der täglichen Leerung für auskömmlich und ergänzt, dass bei einer absehbaren Müllverdichtung wie zum Beispiel bei Stadtfesten ggf. außerplanmäßig und befristet separate Tonnen aufgestellt werden, um wilden Müll zu vermeiden. Da die benötigten Fundamente bereits vorhanden sind, die auch voraussichtlich für das neue Modell genutzt werden könnten, müssen diese nicht neu gegossen werden. Dies würde die Kosten erheblich reduzieren.

Christos Papakostas (AfD) erkundigt sich bei der Verwaltung, ob es möglich ist, die Mülleimer zusätzlich mit einem Pfandkorb zu versehen, wo Flaschen oder Dosen separat entsorgt werden können.

Thomas Eberhard (TBL) erläutert, dass sogenannte Pfandringe nachrüstbar sind, wenngleich der tatsächliche Nutzen fraglich ist. Er sagt zu, die zusätzlichen Kosten über das Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat bekannt zu geben.

Bezirksmitglied Frank Melzer (CDU) findet die Argumentation der Verwaltung nachvollziehbar und sieht von einem Vertagungsantrag ab.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt daraufhin über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen AöR (TBL) werden be-

auftragt, neue Abfallbehälter für den Bereich City Wiesdorf (Fußgängerzone Wiesdorf, Breidenbachstraße, Pfarrer-Schmitz-Straße) gemäß Produktvorschlag zu bestellen (Abfallbehälter Winsen mit 90 Liter Volumen der Firma WETZ Außenraum-Elemente GmbH).

2. Die im Bereich City Wiesdorf noch vorhandenen Abfallbehälter des Modells Toluca werden unter Berücksichtigung des jeweiligen Zustands und der Funktionalität sukzessive demontiert und durch das neue Modell ersetzt.

- einstimmig -

- 15.3 Schottergärten - Bauordnung NRW § 8 konsequent umsetzen
- Antrag der Fraktion Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN vom 21.01.2026
- Nr.: 2026/0175

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 Die Linke, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
dagegen: 6 (3 CDU, 3 AfD)
Enth.: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mündlich gestellter Antrag in der Sitzung

- 15.4 Start der Frist zur Offenlage zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan 281/I
- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 29.01.2026
- Nr.: 2026/0190

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) erläutert ausführlich den Antrag seiner Fraktion, der zu Beginn der Sitzung einstimmig auf die Tagesordnung genommen wurde. Er moniert insbesondere deutlich, dass die Frist für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zum einen zu knapp bemessen ist, die Bürgerversammlung in Rheindorf zu der Thematik erst eine Woche nach Beginn der Frist stattfindet und zum anderen die Karnevalstage innerhalb des Beteiligungszeitraums liegen. Außerdem wurden seines Wissens die zugesagten Postwurfsendungen mit dem Hinweis auf die Bürgerversammlung bisher nicht an die Haushalte im Umfeld des Bereichs Königsberger Platz verteilt. Hierzu sagt Daniel Greger (01) eine Klärung zu.

Daniel Greger (01) nimmt Stellung für die Verwaltung und führt aus, die Frist für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen von städtischen Bauleitplanverfahren seinerzeit seitens der Verwaltung grundsätzlich von vorher zwei Wochen auf vier Wochen erweitert wurde. Aus Sicht der Verwaltung ist diese Frist in der Regel ausreichend, so auch im vorliegenden Fall

und trotz der Karnevalstage. Er ergänzt, dass der Bauausschuss (Redaktioneller Hinweis: Seinerzeit namentlich Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen) hier das zuständige Entscheidungsgremium ist, die Beteiligungsfrist von 30 Tagen in 2025 beschlossen hat und nur er diese Frist auch hätte ändern können. Der genaue Zeitraum wurde im städtischen Amtsblatt veröffentlicht und ist nicht mehr im Nachhinein abänderbar. Sofern die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I dies beschließt, stellt Daniel Greger (01) in Aussicht, dass die Baupläne voraussichtlich in einem der leerstehenden Geschäftsräume am Königsberger Platz länger ausgehangen werden können, sofern die Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH (WGL) dies ermöglicht. Dieser Schritt dient allerdings nur der reinen Information und hat keine Auswirkung auf die Frist der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) moniert, dass die Frist der Offenlage zwar den rechtlichen Vorgaben entspricht, sie aber nicht bürgerfreundlich ist.

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) ergänzt, dass Bürgerinnen und Bürger aus der Umgebung des Königsbergerplatzes stärker in das Projekt mit einbezogen werden sollten und kritisiert die Kommunikation der Verwaltung und der WGL nach außen.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova fasst zusammen und schlägt vor, den ersten Teil des Antrags der CDU-Fraktion aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt zu erklären. Den zweiten Teil dessen stellt sie in der Form zur Abstimmung, dass sich der folgende Beschluss ergibt. Die Bezirksvertretung des Stadtbezirk I stimmt der Vorgehensweise zu.

Beschluss:

Zusätzlich werden während bzw. spätestens im Anschluss an die Frist zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit die Unterlagen/Pläne zum Bebauungsplans 281/I „Rheindorf – zwischen Königsberger Platz, Elbestraße, Solinger Straße und Memelstraße“ in einer der noch nicht genutzten Gewerbeeinheiten des Gebäudes Königsberger Platz 8 – 12 ausgelegt.

- einstimmig -

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova schließt die öffentliche Sitzung um ca. 17:50 Uhr.

Michaela Di Padova
Bezirksbürgermeisterin für den
Stadtbezirk I

Yvonne Ritter
Schriftführerin